

Bitcoin

Kryptowährungen am Pranger: Umgehen Oligarchen und russische Banken die Sanktionen mit Bitcoins?

Russland soll die Wirtschaftsmassnahmen des Westens mit Kryptowährungen unterlaufen. Einiges spricht gegen diese Befürchtungen – eine Spurensuche im Zuger Crypto Valley.

Simone Luchetta

Herz der Kryptoszene: Die Stadt Zug mit ihrem Crypto Valley.

Die russische Regierung, Banken, Oligarchen und andere Personen könnten Kryptogeld nutzen, um den vom Westen verhängten wirtschaftlichen Sanktionen zu entgehen. Diese Befürchtungen wurden in den vergangenen Tagen in führenden Medien wie «Financial Times», «New York Times» und «Süddeutscher Zeitung» laut. Was ist da dran?

Yves Longchamp, Leiter der Researchabteilung bei der Kryptobank Seba in Zug, seufzt tief auf diese Frage. Dass Kryptowährungen im Ukraine-Konflikt an Aufmerksamkeit gewinnen und zunehmend ernst genommen werden, freut ihn. Dass aber der Bitcoin und andere Kryptowährungen als Instrument zur Schwächung der Sanktionen ins Feld geführt werden, gefällt ihm weniger.

«Ganz ehrlich – wir haben keine Ahnung, ob Oligarchen jetzt Bitcoin anlegen», sagt er, «es gibt einfach keine Daten dazu.» Dass Menschen aus Russland derzeit Kryptogeld kaufen, könne aber nicht ausgeschlossen werden.

Nachfrage nach Bitcoin steigt stark

Sicher dagegen ist: Die Nachfrage nach Kryptogeldern ist seit dem Einmarsch der russischen Truppen in der Ukraine förmlich explodiert. Der Handel zwischen Rubel und Kryptowährungen hat angezogen. Während der Rubel in den vergangenen sieben Tagen zum Franken um mehr als 30 Prozent verlor, hat der Bitcoin-Kurs um über 18 Prozent zugelegt.

Imageschaden für das Crypto Valley: Die Dammstrasse in Zug, «Geburtsort» der Kryptowährungen Ether und Tezos.

«Man sieht, dass in den letzten Tagen das Interesse an Bitcoins deutlich gestiegen ist», sagt Longchamp. Es gebe zahlreiche neue Wallets, also virtuelle Geldbörsen für Kryptowährungen, auf der Blockchain, so Longchamp. Das ist die Datenbank, in der die weltweiten Kryptotransaktionen verwaltet werden.

Viele Wallets umfassen Vermögenswerte von mehr als tausend Bitcoins, was aktuell rund 40'000'000 Franken entspricht. «Aber es lässt sich nicht sagen, woher sie kommen und wem sie gehören.»

Jede Transaktion wird verewigt

Das hat mit der Blockchain-Technologie zu tun, auf der die mittlerweile fast 18'000 Kryptowährungen fussen. Die Blockchain-Datenbank ermöglicht es, dass Menschen Informationen oder eben Kryptogeld direkt untereinander fälschungssicher und transparent übermitteln. Jede Transaktion

jedes Bitcoins wird aufgezeichnet und kann auf alle Zeiten rückverfolgt werden.

Das bedeutet aber auch, dass Bitcoins und andere Krypto-Vermögenswerte nicht von einer Regierung oder zentralen Behörde kontrolliert werden können, wenn sie nicht über eine Bank oder eine offizielle Tauschbörse gehandelt werden.

Laut Longchamps Beobachtungen sind die Vermögenswerte der neuen Wallets unterschiedlich hoch: «Die grossen Vermögen könnten von reichen Russen stammen. Die kleinen Beträge deuten aber auf den Mann und die Frau auf der Strasse hin. Es könnten auch Ukrainerinnen und Ukrainer sein, die Notgeld anlegen.» Die dortige Bevölkerung ist ausgesprochen Krypto-affin.

Kommt aus der traditionellen Bankenwelt: Yves Longchamp, Leiter Research bei der Kryptobank Seba in Zug.

Dass Regierung, Banken oder Oligarchen die Sanktionen im grossen Stil – also im Umfang von Hunderten Millionen oder Milliarden Dollar – umgehen, hält der Finanzexperte, der früher bei der UBS und der Nationalbank tätig war, indes für unmöglich. Das Kryptowährungssystem sei dafür viel zu klein: «So viel Bitcoins gibt es gar nicht.»

Unterstützung erhält Longchamp von allen angefragten Kryptoexperten. Und auch aus der Wissenschaft. «Die Grössenverhältnisse stimmen einfach nicht», sagt Kai Brännler, Informatikprofessor und Kryptokenner an der Berner Fachhochschule. «Es gibt nicht genügend Liquidität an den Kryptowährungsbörsen, damit Unternehmen oder Oligarchen diese im grossen Stil als alternativen Kanal nutzen könnten.»

Der Gesamtwert aller Bitcoins entspreche etwa einem Zehntel des Goldwertes, sagt Brännler. «Das ist eine Mücke im Vergleich zu einem Elefanten.»

«Es gibt keine Indizien für Sanktionsumgehungen.»

Einer, der sich sehr über die Anschuldigungen ereifert, ist Fabian Schär, Professor für Blockchain-Technologie an der Universität Basel. Er sagt klar: «Es gibt keine Indizien für Sanktionsumgehungen.»

Schär erklärt auch, warum er die Behauptung für falsch hält. Selbst wenn eine Person oder ein Unternehmen selbst verwahrte Kryptoanlagen nutzen wollte, müssten sie einen westlichen Gegenpart finden, der die Zahlungen annimmt. «Welches Unternehmen wird das tun, wenn es aufgrund der fragwürdigen Herkunft die kryptobasierten Vermögenswerte nicht mehr in das eigene Finanzsystem einspeisen kann?»

Hinzu kommt: Kryptozahlungen lassen sich zwar anonym bewerkstelligen, aber jede Transaktion ist technisch auf immer nachverfolgbar. Sobald klar ist, wem die entsprechende Adresse gehört, liegen Beweise für die Regelverstösse vor.

Tauschbörsen sind reguliert

Weiter müssen Personen sowohl beim Kauf als auch beim Verkauf von Kryptoanlagen gegen traditionelle Währungen ihre Identität offenlegen und einen Nachweis zur Quelle der Mittel erbringen. «Auch hier kommen sanktionierte Personen nicht mehr weiter», sagt Schär.

Laut dem Basler Blockchain-Professor sind die grossen Tauschbörsen heute reguliert und strikten Vorschriften unterstellt: «Insofern dürfte es für einen sanktionierten Oligarchen bereits heute sehr schwierig sein, ein Konto bei einer zentralisierten Tauschbörse zu eröffnen oder Geld dorthin zu transferieren». Wenn Geld in Krypto angelegt werden soll, laufen automatisch dieselben Checks zur Überprüfung von Geldwäscherei ab wie bei einer Bank.

Balanciert auf der Schnittstelle von Ökonomie und Computerwissenschaft: Fabian Schär, Professor für Blockchain-Technologie und Fintech an der Universität Basel.

Auch Kryptobanken wie Seba in Zug oder Sygnum in Zürich verfügen über Werkzeuge, die Kryptoeinzahlungen darauf hin durchleuchten. Sind sie nicht sauber, dürfen sie die Gelder nicht annehmen. Das wäre illegal.

In vielen Fällen würden die Transaktionen sogar mehrfach durch verschiedene Finanzinstitute überprüft. Wenn man zum Beispiel die Schweizer Franken von einer Krypto-Tauschbörse an eine Bank transferiere, würden dort in aller Regel nochmals ähnliche Fragen gestellt. Es fällt also eine zweite Kontrolle an.

Das Crypto Valley in Zug mit über tausend Unternehmen, die sich mit Blockchain-Technologie beschäftigen.

«Das alles macht das vor allem von US-Medien hochgeschriebene Umgehungsszenario sehr unwahrscheinlich», sagt Schär.

Die jüngste Forderung des ukrainischen Vizepremiers Mychajlo Fedorow, dass sich die Kryptowährungsbörsen gegenüber russischen Kunden verschliessen sollen, stösst darum bei den Experten auf wenig Verständnis. Sie widerspreche dem

Grundgedanken von Kryptowährungen grundlegend. Krypto sei spezifisch entwickelt worden, um allen Menschen auf der Welt direkten Zugang zu Geld zu bieten, sagen sie.

Unter den gegebenen Gesichtspunkten ist die These kaum haltbar, Zug als Herz des Schweizer Crypto Valley könnte als internationaler Umschlagplatz russischer Umgehungsgeschäfte dienen. Das bestätigt ETH-Professor Roger Wattenhofer, Computerwissenschaftler und ausgewiesener Kenner der Blockchain-Technologie. Er wisse aus eigener Erfahrung, dass die Unternehmen dort, insbesondere die Kryptobanken, Anlegerinnen und Herkunft von Geldern sehr genau kontrollierten.

Dazu komme, dass Kryptowährungen eben gerade dezentral und nicht zentral funktionierten, sagt Alexander Brunner, Buchautor und Berater im Crypto Valley: «Das digitale Geld liegt weltweit verteilt auf den Rechnern der Teilnehmenden. Da ist ein realer Ort wie Zug völlig irrelevant.» Brunner hat im vergangenen Sommer den ersten Swiss Digital Asset Report geschrieben, eine Bestandsaufnahme jener Firmen, die Kryptodienstleistungen anbieten.

Imageschaden für Krypto

Dass im Crypto Valley wegen des Kriegs jetzt der Rubel rollt, glaubt Brunner nicht. Im Gegenteil. Zwar habe der Handel mit Kryptowährungen zugelegt – was immer der Fall sei, wenn es in einem Land zu Verwerfungen komme. «Aber letztlich wirken sich die westlichen Sanktionen neutral bis negativ auf die Schweizer Kryptobranche aus», ist er überzeugt.

Dafür nennt er zwei Gründe. Zum einen fällt mit Russland ein wichtiger Handelspartner weg. Zum anderen liefere die Behauptung, Kryptowährungen könnten Russland alternative Zahlungskonzepte anbieten, einmal mehr ein schlechtes Licht auf die Kryptowirtschaft: «Das ist für alle ein Imageschaden.»